

NAHOST

Korridor nach Jerusalem

Israelis und Palästinenser sind offenkundig bemüht, die anstehenden Schlußverhandlungen über einen dauerhaften Frieden nicht am Streit um Jerusalem scheitern zu lassen. Danach könnte die Entscheidung über Ost-Jerusalem, das die Palästinenser als Hauptstadt ihres künftigen Staates beanspruchen, zunächst ausgeklammert werden. Der Planungsminister der palästinensischen Autonomiebehörde, Nabil Schaath, entwarf erstmals ein Szenario, nach dem der neue Staat bereits nach einer Teileinigung – über die israelischen Siedlungen und die Grenzen – ausgerufen werden soll. Dann könnte, so Schaath, „von Land zu Land“ über Jerusalem verhandelt werden. „Wir sollten Jerusalem ganz an den Schluß der Agenda setzen“, empfiehlt auch Friedensnobelpreisträger Schimon Peres. Pläne für einen Kompromiß in der heiklen Jerusalem-Frage existieren bereits: Jerusalem bliebe die Hauptstadt Israels, aber die Palästinenser würden durch einen Korridor im Osten der Stadt freien Zugang zu ihren religiösen Stätten erhalten. Regierungssitz für Palästinenserpräsident Jassir Arafat würde der direkt hinter der östlichen Stadtgrenze gelegene Vorort Abu Dis. Dort ist bereits der Rohbau eines aufwendigen Parlamentsgebäudes fertiggestellt. Auf dessen Rängen könnten rund 120 Abgeordnete Platz finden – so viele



Islamisches Heiligtum Felsendom in der arabischen Altstadt

TÜRKIE

Justiz-Poker um Öcalan-Prozeß

Aus Angst vor internationalen Protesten und einem völligen Gesichtverlust der Türkei im Westen nimmt Ankara zum Beginn des Prozesses gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan eine innenpolitisch heikle Reform in Angriff. Ministerpräsident Bülent Ecevit, der vergangene Woche eine Stahlhelm-Regierung unter Beteiligung der Ultranationalisten bildete, möchte noch während des Prozesses den Einfluß der Militärs auf die sogenannten Staatssicherheitsgerichte einschränken. Die Sondergerichte sind umstritten, weil einer der drei Richter satzungsgemäß Offizier der Streitkräfte ist. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ihnen des-

halb schon im vergangenen Jahr den Status eines unabhängigen Tribunals aberkannt. Seither zahlt die Türkei empfindliche Strafen, wenn die Urteile in Straßburg beanstandet werden. Staatspräsident Süleyman Demirel und der Generalstab unterstützen Ecevits Plan. „Die Türkei stand vor der Wahl, die Staatssicherheitsgerichte zu demilitarisieren“, sagt der Istanbuler Völkerrechtler Turgut Tarhanli, „oder aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszusteigen.“ Noch vor wenigen Wochen hatte die bei den Parlamentswahlen erfolgreiche Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) angekündigt, sie würde sich im Parlament dafür einsetzen, daß Öcalan „gehängt wird“. Daß jetzt sogar die Ultranationalisten für die Justizreform stimmen wollen, kommt vor allem für Öcalans Richter unangelegen. „Das ist, als würde einem der Boden unter den Füßen weggezogen“, klagt ein hoher Justizbeamter. „Ich würde mich nicht wundern, wenn

die drei Richter sich völlig aus dem Verfahren zurückziehen.“ Ob sich das Gericht vertagen wird, um dem Parlament Zeit für die nötige Verfassungsänderung zu geben, ist unklar; möglicherweise wird für den Militärjuristen auch ein ziviler Ersatzrichter einspringen.



Häftling Öcalan, Ministerpräsident Ecevit mit Generälen



BURMA

Todesschwadron gegen Regimegegner

Mit einer Terrorkampagne versucht die burmesische Militärjunta, die Opposition auszumerzen. Unter Androhung von Verhaftung und Folter zwangen die Militärs in den vergangenen Monaten etwa 40 000 Mitglieder der „Nationalen Liga für Demokratie“, die



Suu Kyi

von der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geleitet wird, zum Austritt. 150 Führungskader der Oppositionsgruppe, die 1990 die Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen hatte, vegetieren ohne Anklage in Zwangsarbeitslagern im Dschungel. 3000 Oppositionelle wurden in das zum Bersten gefüllte Gefängnis „Insein“ in der Hauptstadt Rangun gepefcht. Noch schlimmer als die Regimekritiker trifft die neue Welle der Verfolgung aber Minderheitenvölker, die im Nordosten des Landes gegen das Regime aufbegehren und für mehr Autonomie kämpfen. Todesschwadronen der Militärs sollen dort jüngst Jagd auf die Minderheiten gemacht haben: Mehrere tausend Menschen wurden erschossen oder zur Flucht genötigt.